Ausgabe 11/ 2004 Nummer 17 Spendenpreis

Mitteldeutsches Sprachrohr

Jugend - und Schülerzeitung für Thüringen

Mythos November?

Die Stimme gegen gesellschaftliche und schulische Mißstände

Liebe Leser !

Der November ist da. Trotz regnerischer Stimmung und schneller Dunkelheit, lasst Euch die Laune nicht nehmen: das Sprachrohr ist ja noch da. Wir entschuldigen uns zwar nur ungern bei jemandem, aber bei unseren Lesern schon. Diese Ausgabe hat aufgrund des Zeitdrucks unter dem es entstand nur 28 Seiten. Doch versprochen ist, dass es im Dezember, zu Weihnachten also, wieder eine „Geballte Ladung" gibt, mit Geschenk! Was das ist, wird aber nicht verraten.
So, nun zu dieser Ausgabe: Wir haben ein Anliegen an Euch! Beachtet bitte ausführlicher den Spendenaufruf gleich nach „Aktuelles"! Diese Aktion erscheint uns sehr unterstützenswert, auch oder gerade weil, die weihnachtliche heimliche Zeit näher rückt. Denkt in einer ruhigen Minute einfach über das Ansinnen des Aufrufs nach und keinem wird das Geld wirklich weh tun! Also vielen Dank schon im Voraus,

Eure Sprachrohr-Redax

Post:
Mitteldeutsches Sprachrohr
Postfach 100 119
07701 Jena

ePost:
mitteldt-sprachrohr@lycos.de

Telefon:
Tel.: 0173/8084240

Impressum & Inhaltsverzeichnis

Herausgeber: Jugendinitiative „Jugend für Jena" und Schülerinitiative
Redaktion: Die Redaktion besteht aus Schülern verschiedener Jenaer Schulen und die Namen sind der Redaktionsvorsitzenden, Anja Kramer, bekannt.
Für namentlich gekennzeichnete Artikel ist der Verfasser allein verantwortlich, sämtlich zu erreichen über unsere Redaktionsanschrift.
Druck: Eigendruck
Erscheinung: Das Mitteldeutsche Sprachrohr erscheint monatlich.
17. Auflage November 2004
V.i.S.d.P.: Anja Kramer , Mitteldeutsches Sprachrohr, Postfach 100 119, 07701 Jena
Das Werk und seine Teile sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung in anderer als den gesetzlich zugelassenen Fällen bedarf deshalb der vorherigen schriftlichen Einwilligung der Redaktion.

Inhaltsverzeichnis

Aktuelles (Überblick)	Seite 4
Spendenaufruf!	Seite 13
Die Hanse - Einigkeit macht stark!	Seite 14
Anmerkungen zum Monat	Seite 19
Rätsel	Seite 20
Im K(r)ampf gegen rechts!	Seite 21
Einladung zur Gründungsveranstaltung der JN!	Seite 24
Man könnte drüber lachen, wenn es nicht so traurig wär..!	Seite 26
Letzte Seite	Seite 28

Sagt uns, wen ihr wählt – und wir sagen euch, wer ihr seid!

Dass die Meinung vieler Völker nicht unbedingt von ihren Regierungen repräsentiert wird, wissen wir Deutsche aus eigener Erfahrung nur zu gut. Das einzige Mittel, seinem Unmut in demokratischer Art Luft zu machen, sind die jeweiligen Wahlen. Hierzulande haben wir das zuletzt am 19.September in Sachsen und Brandenburg erlebt, wo die sog. Volksparteien bitterböse abgestraft wurden und politische Alternativen immense Stimmenzuwächse erhielten. Vor wenigen Tagen wählte die USA einen neuen Präsidenten. Eigentlich die beste Gelegenheit, um der Bush-Regierung zu zeigen, was man von ihr hält. Schließlich verlor man durch den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen den Irak, der bisher mehr als 180.000 Tote forderte, fast überall auf der Erde an Ansehen. Das amerikanische Volk (nennen wir die dort lebenden Kulturen mal so) musste sich über die angebliche Existenz von Massenvernichtungswaffen belügen lassen und zu guter Letzt ist man im eigenen Land immer mehr davon entfernt, halbwegs ein normales Leben zu führen – bedingt durch steigende Arbeitslosigkeit, Verschuldung und Überfremdung. Was liegt deshalb näher, als die dafür Verantwortlichen abzuwählen? Normalerweise ein legitimes Mittel. Aber in Übersee sieht man das wohl etwas anders. Mit großer Mehrheit wurde George (Dabbeljew) Bush wiedergewählt und ist nun für die kommenden vier Jahre wieder Präsident der USA. Was trieb die US-Amerikaner dazu? Wieso haben Filme wie „Fahrenheit 9/11" oder die Aufrufe der Hollywood-Prominenz so ihre Wirkung verfehlt? Die Antwort ist recht simpel: Der durchschnittliche Amerikaner steht hinter der Politik des Weißen Hauses. Er hat den Krieg befürwortet, er hat es billigend in Kauf genommen, dass Zivilisten malträtiert und abgeschlachtet wurden und immer noch werden, und er ist sich im Klaren darüber, dass die Umgestaltung der Arabischen Welt unter der neuen/alten US-Führung wichtig und richtig ist. Er hält sich für den besseren Menschentypen, dem es obliegt, über andere zu bestimmen. Die unvergesslichen Folterszenarien an den irakischen Häftlingen waren keineswegs nur Dienstanweisungen von oben, wie die angeklagten US-Soldaten behaupteten, sondern Ausdruck eines Gefühls der totalen Überlegenheit mit einhergehender Geringschätzung anderer. Das Unrecht auf Guantanamo Bay ist da nur ein weiterer Beleg.

Unbestritten ist dabei, dass das Buckeln und „am Allerwertesten lecken" durch die Europäer, hier besonders der Bundesdeutschen, ein Übriges tut. Hinzu kommt noch die Arroganz, ernsthaft zu glauben, man tue den Menschen nur Gutes und befreie sie von einem tyrannischen System. Mag sein, dass gutmütige Zeitgenossen das als Naivität bezeichnen, für uns ist es nichts anderes als der Beweis für den hohen Grad an Dummheit in der US-Bevölkerung. Kein Wunder, man muss

sich nur einmal die genialen Stätten der US-Kultur vergegenwärtigen: Disneyland, Mc Donalds – Restaurants und Hollywood. Geradezu heuchlerisch ist es unter dem Aspekt der Wiederwahl Bushs, wenn sich jetzt wieder diejenigen zu Wort melden, die von einer kritischen Partnerschaft zwischen Europa und den USA reden. Die „normalen" Bürger in den USA haben uns mit ihrer Wahlentscheidung gezeigt, was wir von ihnen zu halten haben. Die Zeit ist überreif für einen konsequenten Antiamerikanismus, der dem zumeist fettleibigen Zeitgenossen über dem großen Teich deutlich macht, dass es keineswegs er und seine gewählte Regierung ist, die über unser Leben und unsere Ordnung bestimmen.

NPD-Parteitag in Leinefelde – unsere Randnotizen

Leinefelde. Nach den Wahlerfolgen in Sachsen und im Saarland ist die NPD in den Mittelpunkt des Medieninteresses gerückt. Die Angst vor einem Wahlbündnis mit der DVU des Münchner Verlegers Gerhard Frey zur Bundestagswahl in zwei Jahren und einem möglichen Einzug einer nationalen Fraktion erstmals seit Kriegsende, trieb viele Journalisten ins thüringische Leinefelde. Dort sollten auf dem Parteitag die Weichen für eine erfolgreiche zukünftige Zusammenarbeit gestellt werden. Ebenso wurde die Öffnung der Nationaldemokraten hin zum freien politischen Spektrum vollzogen. So wurde der nationale Aktivist Thorsten Heise in den Bundesvorstand gewählt, was den Systemmedien besonders sauer aufstieß. In den Tagen danach meinte man permanent, seine Leserschaft darüber informieren zu müssen, dass Heise wegen Körperverletzung und Nötigung vorbestraft ist und die NPD nun offiziell mit Kriminellen zusammenarbeite. Nun, einerseits ist es bei den meisten Menschen hierzulande wirklich nicht mehr von Interesse, was Provinzblätter wie TLZ und TA schreiben. Für die anderen, die den BRD-Medien auf den Leim zu gehen drohen, hier ein kleiner Denkanstoss: wie schnell kann es heutzutage passieren, dass man sich wegen Nötigung vor Gericht zu verantworten hat - vor allem wenn man in der nationalen Szene aktiv ist? Und die Körperverletzung, gab es da einen politi-

Infostand der nationalen Opposition!

schen Hintergrund? Keine Ahnung, wissen wir nicht. Doch bei aller Vorverurteilung durch bundesdeutsche Presseschmierer sollten diese bedenken, dass der derzeitige Bundesaußenminister Fischer bewiesenermaßen Polizisten verprügelte und mit Linksextremisten gemeinsame Sache machte. Ein Lob von uns gibt es für den Umgang der Parteiverantwortlichen mit den anwesenden Pressevertretern. Diese durften nur zu bestimmten Zeiten in die Tagungshalle und mussten ihre Privatadresse angeben. Es geht doch nichts über eine aufschlussreiche Datenliste in den richtigen Händen. Und noch was: Wohlwissend, dass von diesem Parteitag ein Signal für die zukünftige politische Situation in Deutschland ausging, mahnte die Grünen-Chefin Claudia Roth, ab sofort jede negative Thematisierung von Minderheiten in der BRD zu unterlassen, um den Rechten nicht noch mehr Wasser auf ihre Mühlen zu geben. Liebe Claudia, wie naiv kann man eigentlich sein? Zum einen ist es der Mehrzahl der Deutschen mittlerweile egal, was im politischen Berlin gedacht und entschieden wird, zum anderen braucht es keiner Thematisierung dieses Problems mehr, da viele Landsleute ihre negative Erfahrung täglich auf der Straße oder im Wohngebiet machen dürfen. Den offiziellen Bericht über Verlauf und die Ergebnisse des Bundesparteitages der NPD findet der Interessierte auf der Netzseite der Partei.

Bundeswehrkrankenhaus für Russen-Millionäre

Leipzig. Da bekanntermaßen Deutschland immer öfter am Hindukusch verteidigt wird und wir nur noch von EU-Freunden umgeben sind, sieht sich das Verteidigungsministerium aus wirtschaftlichen Gründen gezwungen, jeden achten Standort (Kasernen, Krankenhäuser und Übungsplätze) in Deutschland zu schließen. Für viele strukturarme Regionen bedeutet dies das wirtschaftliche Aus, weil die Bundeswehr dort der größte Arbeitgeber war. C'est la vie.
Nicht ganz so schlimm ergeht es der sächsischen Metropole Leipzig. Dort ist geplant das Bundeswehr-Krankenhaus in die Hand einer privaten Hospitalskette namens Marseille zu übergeben. Dort sollen nach den Plänen der zukünftigen Betreiber ausnahmslos gut betuchte Russen behandelt werden. Das muss man sich mal genau auf der Zunge zergehen lassen: Da zieht sich der deutsche Staat zurück, weil er kein Geld mehr für den weiteren Betrieb eines Krankenhauses hat und es entsteht mitten in Deutschland ein Biotop für reiche Russen. Das freilich noch unterstützt durch den deutschen Steuerzahler, der erst vor wenigen Jahren Millionen für die Renovierung des Gebäudes bezahlen musste.

Die Mär von den verängstigten Investoren

Leipzig. Viele unserer Leser werden sich noch an die letztlich erfolglosen Hetzkampagnen der Medien gegen den drohenden Einzug der NPD in den sächsischen Landtag erinnern. Beliebtes „Argument" war dabei die Drohung, dass sich Investoren fürchten würden, sich im Freistaat niederzulassen. Jetzt, nachdem die NPD mit ebenso vielen Stimmen wie die Regierungspartei SPD im Landtag vertreten ist, zeigen die Pläne des Transportunternehmens DHL, einem Tochterunternehmen der Deutschen Post, wie absurd diese Argumentation ist. DHL sucht derzeit einen neuen Standort für sein Europadrehkreuz in der Luftfahrt. Wie es aussieht, und verschiedene Medien auch bereits meldeten, wurde dieser im Flughafen Halle/Leipzig gefunden. Die Rede ist von ca. 3500 Arbeitsplätzen, die damit entstehen werden. Das wäre eine der größten Investitionen im Freistaat in den letzten Jahren.
Übrigens: Der bisherige Standort für Luftfracht von DHL war Brüssel, die Vorzeigestadt für Multikulti, EU-Wahn und was wissen wir nicht noch alles. Scheinbar ist einem das „braune" Sachsen da doch lieber.

Julia Bonk bei einer Demonstration

Julia Bonk, das Heroin und die parlamentarischen Auswüchse des Liberalismus

Dresden. Als „Bong" bezeichnet man in Kifferkreisen meist ein gläsernes Hilfsmittel, um den Rauch von Haschisch und dergleichen intensiver zu inhalieren. Da liegt es fast unweigerlich nahe, dass man sich für das Interesse der kleinen Junkies einsetzen muss, wenn man mit dem Familiennamen Bonk bestraft wurde. So heißt nämlich Sachsens jüngste Abgeordnete. Julia Bonk, gerade einmal 18 Jahre alt und Mitglied der sächsischen PDS-Fraktion (wie kann's auch anders sein?) machte jetzt das erste Mal auf ihre Präsenz im Landtag aufmerksam. Nicht durch einen konstruktiven Vorschlag – das kann man von einer 18jährigen Linken eh nicht erwarten - sondern durch die Forderung nach einer Freigabe von sämtlichen Drogen. Nach ihren Vorstellungen soll Cannabis für Jugendliche ab 14 Jahren generell frei zugänglich gemacht werden und auch über das Verbot von Heroin soll diskutiert werden, da es ja „in reiner Form nicht abhängig mache". So weit so schlecht. Weiterhin, so Bonk, könne

„jeder selbst entscheiden, wie er mit seinem Körper umgehe, also auch von der Brücke springen". Die PDS-Fraktion im Landtag distanzierte sich sogleich von ihrem Zögling, wohlwissend, dass man damit in der Öffentlichkeit nur auf Ablehnung stoßen werde und sprach von unüberlegten Äußerungen und der Unreife eines 18jährigen Mädchens. Das freilich nur, um Schaden von der Partei abzuwenden. Geistig kann man von den Äußerungen Bonks nicht so weit entfernt sein, da man es schließlich zuließ, das sich so eine erbärmliche Gestalt auf der PDS-Landesliste etablieren konnte. Alles in allem aber sind die Äußerungen der Julia Bonk nichts anderes als die logische Konsequenz eines immer mehr ausartenden politischen Liberalismus, der es zulässt, dass Politiker sich als Schwule „outen" und dafür gefeiert werden, dass die FDP-Jugendorganisation mit dem Slogan „ lieber bekifft ficken, als betrunken Auto fahren" werben konnte und die Regierungspartei Die Grünen seit jeher für die Legalisierung von Rauschgift eintritt. Das alles wäre ja noch hinnehmbar, wenn man sich zu denjenigen zählt, die von den Demokraten an sich nichts halten. Das Dumme daran ist nur, dass man Steuerzahler ist und diese ganze Verkommenheit gezwungenermaßen mitfinanzieren muss. Seien es die Diäten der hiesigen Politiker, oder in unserem speziellen Fall die staatlichen Zuwendungen für Suchtberatung, Fixerstuben und Wiedereingliederungsmaßnahmen, die die von unserer Julia verlangte Drogenfreigabe nun einmal mit sich bringt. Zum Schluss noch ein gut gemeinter Ratschlag an das PDS - Nesthäkchen Bonk: Es gibt eine Menge Leute in diesem Land, die ihr Kind durch Drogen verloren haben. Denen könnte man es kaum verübeln, dass sie dir gegenüber nicht unbedingt freundlich gesinnt sind. Deshalb bei einsamen Spaziergängen lieber öfter mal umdrehen...

Strafanzeige gegen Jenaer Jugendpfarrer

Jena. Die in letzter Zeit ungewöhnliche Ruhe um die Person des Jenaer Stadtjugendpfarrers Lothar König ist jetzt mal wieder vorbei. Aus der Lokalpresse erfuhr man, dass der Oberbürgermeister der Stadt Jena, Röhlinger (FDP), eine Strafanzeige wegen Verführung Minderjähriger bei der Polizei gestellt hat. Hintergrund sind die Sorgen von mehreren Eltern, was den Umgang mit ihren Zöglingen in der Einrichtung der Jungen Gemeinde angeht. So bekamen dort wahrscheinlich Minderjährige Alkohol ausgeschenkt. Und: eine sozial gefährdete 13jährige konnte sich mit der Arbeit hinter dem Tresen Geld für eine Reise nach Berlin verdienen, die sie dazu nutzte, um von daheim abzuhauen. Daraufhin meldeten sich weitere Eltern und beschuldigten König, der neuerdings für die Grünen im Jenaer Stadtrat sitzt, den Zugang zu ihren Kindern zu verwehren. In der Jungen Gemeinde werden sog. Problemkinder und Randgruppenjugendliche „betreut", da

sie sonst sich selbst überlassen wären – so zumindest die öffentliche Legitimation der JG in der Öffentlichkeit, die auch finanzielle Zuschüsse von Seiten der Stadt und der Kirche beinhalten. Mit den neuen Vorwürfen könnte sich das jedoch ändern. Seit Jahren beobachten kritische Bürger das Treiben im Hinterhaus der Johannisstraße mit Argwohn. Die Arbeit mit den gefährdeten Kindern und Jugendlichen treibt dort nämlich seltsame Blüten. Da werden zum Zwecke einer „Performance" Autos demoliert, Filme gedreht, in denen gezeigt wird, wie sich Punks gegenseitig blutig schlagen und das Potential genutzt, um militant gegen nationale Veranstaltungen zu mobilisieren. Der Hauptvorwurf an den Jugendpfarrer, dessen Treiben schon bundesweit im Nachrichtenmagazin Focus bekannt gemacht wurde, liegt darin, dass er die Jugendlichen für seine eigenen politischen Zwecke instrumentalisiert und diese dafür logistische Unterstützung in ihrem Asozialen-Dasein erfahren dürfen. Zumeist handelt es sich bei den jungen Leuten um 13-14jährige, die pubertätsbedingt Streit mit ihren Eltern haben und von daheim weglaufen. Eigentlich würden diese, früher oder später wegen der eigenen Unfähigkeit, zu ihren Eltern zurückkommen und dann höchstwahrscheinlich ein „normales" Leben führen. Doch da kommt König ins Spiel. Er ist derjenige, der den Ausreißern Unterstützung anbietet, sei es in Form von Essen und Trinken in seinen Räumlichkeiten oder mit Schlafsäcken, um die Übernachtung im Freien halbwegs angenehm zu machen. Mit solcher Unterstützung lebt es sich freilich einfacher, als auf sich allein gestellt, was die Rückkehr zum Elternhaus nicht unbedingt erforderlich macht. So hat sich in den letzten Jahren eine beträchtliche Anzahl von Jugendlichen angesammelt, die ihr jämmerliches Leben auf der Straße fristen. Diese benötigen dann wieder die Unterstützung der Jungen Gemeinde, die in der oben genannten Art abläuft - und so schließt sich dann der Kreis. Bislang haben sich nur wenige die Frage gestellt, warum es immer nur in solchen Städten eine große Anzahl von Straßenkindern gibt, in denen

Lothar dort, wo er hingehört ...

für deren Auskommen gesorgt wird, so wie in Jena. Alle, die das bisher bemängelten, wurden von König und seiner Klientel als intolerant beschimpft. Wollen wir hoffen, dass sich das nach den neuesten Forderungen endlich ändert. Der Anfang ist gemacht.

Afrikanische Christen gegen wachsenden Schwuleneinfluß in der Kirche

Lagos / Nigeria: In der nigerianischen Hauptstadt fand vom 26. bis zum 31. Oktober eine afrikanisch-anglikanische Bischofskonferenz statt (die Anglikanische Kirche entstand als Abspaltung der englischen Staatskirche vom Katholizismus im 16. Jahrhundert. Dabei behielt sie allerdings weitestgehend die katholische Liturgie. Der eigentliche Unterschied zum gewöhnlichen Katholizismus besteht darin, daß sie nicht den Papst als ihr Oberhaupt anerkennt. Durch den englischen Kolonialismus erlangte sie Verbreitung in alle Teile der Welt .– Die Schriftleitung), an der mehr als 280 Bischöfe des schwarzen Kontinents teilnahmen. Diese repräsentieren etwa die Hälfte der 77 Millionen Angehörigen der anglikanischen Kirche. Auf der Tagung ergriff auch der nigerianische Staatspräsident Olusegun Obasanjo das Wort. In seiner Rede begrüßte er die ablehnende Haltung der afrikanischen Bischöfe gegenüber dem zunehmenden Sittenverfall in der Kirche, die besonders in den westlichen Einflüssen gipfeln, homosexuelle Praktiken in der Kirche salonfähig zu machen. Einflüsse, denen sich die afrikanischen Bischöfe entgegenstemmen.
Obasanio, der selber Baptist ist, lobte „die Weisheit, den Mut und die Standhaftigkeit" der Geistlichen, die sich gegen den Versuch wenden, „unseren Glauben zu untergraben und Gottes Willen und Wort zu verfälschen". Anlaß für diese Kritik, die sich besonders gegen die Anglikaner in den USA richtet, ist die Weihe des bekennenden Homosexuellen Gene Robinson zum Bischof der US-Diözese New Hampshire und die Einführung von Homo-Segnungen in der kanadischen Diözese New Westminster 2003. Obasanio bezeichnete solche Praktiken offen als „unbiblisch, unnatürlich und unafrikanisch".
Doch nicht nur der nigerianische Staatspräsident fand harte Worte für den Kultur- und Sittenverfall der westlichen Kirchen, auch Nigerias Erzbischof Peter Akinola blieb mit seiner Kritik nicht hinterm Berge. Er warf den westlichen Kirchen vor, daß diese sich auf eine „neue Religion" einlassen würden, die man nicht teilen könne. Die von der US-Episkopalkirche tolerierte Homosexualität, so der Bischof, sei in Afrika tabu. Weiter betonte er, dass „eine kleine, wirtschaftlich bevorzugte Gruppe den christlichen Glauben untergraben und der größeren Gemeinschaft der Gläubigen eine neue und falsche Lehre aufzwingen will". Die Nordamerikaner, so Akinola, befänden sich in einer „tödlichen Umarmung mit dem

Zeitgeist". Gleichzeitig betonte er, daß es an der Zeit für die afrikanischen Kirchen wäre, sich vom Westen zu lösen. So wollen sich Bischöfe aus West- und Afrika künftig weigern, Geld von Kirchen anzunehmen, die die afrikanische Sicht der Homosexualität nicht teilen. Begründet wird dies mit einem Beschluß der Weltbischofskonferenz von 1998, in dem Homosexualität als unvereinbar mit der Bibel bezeichnet wird. Von den afrikanischen Bischöfen erklärte lediglich der südafrikanische Erzbischof Njongonkulu Ndungane (Kapstadt), daß seine Kirche auch Homosexuelle willkommen heiße. Eine Haltung, die freilich die wenigsten seiner Gläubigen teilen dürften. (Quelle: Stoertebeker-Netz)

Dr. Paranoia, die Zweite: Steuergeldverschwendung

Hier bin ich wieder und nichts ist besser geworden, trotz erhöhter Medikation und psychiatrischer Behandlung. Im Gegenteil, die Stimmen in mir sind lauter geworden und sie sagen mir, dass ich das BRD-System nicht mag.
1,41 Billionen Euro wird Deutschland Ende 2004 als Schulden in den Büchern stehen haben. Die Anzahl der Nullen in dieser Summe dürfte mit der jener identisch sein, die im Berliner Reichstag auf der Regierungsbank sitzen. €2.260 pro Sekunde!!! 2005 müssen 20 % der Steuereinnahmen dazu aufgebracht werden, um die Zinsen dieser Unsumme zu tilgen. An Abbau der Schulden ist ohnehin nicht zu denken. Doch was machen Hans Eichel und seine Genossen in Bund, Ländern und Kommunen? Statt wie jeder noch halb im Leben stehende Mensch zu sparen und die Ausgaben einer gründlichen Überprüfung zu unterziehen, wird geprasst, gevöllt, und das Geld zum Fenster hinaus geworfen. Dies ergaben die Nachforschungen des Bundes der Steuerzahler. Noch nicht vergessen sind die grandiosen Investitionsruinen „Lausitzring" (240 Millionen) und die „Cargo-Lifter-Halle" in Brandenburg (400 Millionen), da hagelt es schon neue Hiobs-Botschaften.

Du hast natürlich von nichts gewußt,...

Es sind aber nicht nur die großen, spektakulären „Schildbürgerstreiche", die dem deutschen Steuerzahler teuer zu Stehen kommen. In den Kommunen, in denen Politbeamte ihr Unwesen treiben, wird mannigfaltig mit Steuergeldern geprasst.

dass es einem Louis „Quatorze“ („Sonnenkönig“ von Frankreich) zum Ruhme gereichen könnte. Da wird im osthessischen Hünfeld eine Gedenkplakette zu Ehren des Johann Wolfgang von Goethe eingeweiht, die mit € 5000 durch öffentliche Gelder finanziert wurde, und das, um eines dreistündigen (!) Aufenthaltes des Dichters und Philosophen zu gedenken. Mit diesem Betrag wäre die Finanzierung eines Kindergartenplatzes für 12 Monate sichergestellt.
Oder die Bahnstrecke Bautzen-Wilten: Dort wurde eine funktionsfähige Eisenbahnbrücke für € 750.000 abgerissen, um einer neueren Platz zu schaffen. Diese wird aber nicht genutzt, da die Strecke nicht rentabel sei und die Deutsche Bahn AG den Schienenverkehr nach Fertigstellung der Brücke einstellte.
Ein weiteres Beispiel, wie mit Geldern um sich geworfen wird, ist das des Barfußerlebnispfades in Hofbieber. Dort wurde aus verschiedenen Materialien (Stein, Sand, Gras) ein 1 km langer Weg für € 98.000 angelegt, auf dem der Bürger erfahren darf, wie es sich barfüßig läuft. Naja, wird wohl umsonst gewesen sein. Denn geht die Verschwendung der Gemeinschaftsgelder so weiter, werden wir ohnehin bald kein Geld mehr haben, um unsere Füße in Schuhe zu kleiden.
Es muss Schluss sein mit der Verschwendung. Schluss mit dem Ausgeben von Geldern für Sinnlosprojekte à la Barfußpfad. Die dafür Verantwortlichen Politbanden der Lizenzparteien in Bund, Ländern und Gemeinden gehören persönlich in Haftung genommen. Wer öffentliche Kassen schädigt, schädigt die Volkswirtschaft, ergo, das deutsche Volk und muss bestraft werden. Bis zur Verabschiedung eines solchen Gesetzes wäre mein Vorschlag, die verantwortlichen Volkskraftzersetzer durch barfüßige Tritte in das Hinterteil über den Lausitzring zu treiben. Somit wäre wenigstens die regelmäßige Nutzung einer der Investitionsruinen gewährleistet und die Gelüste etwaiger Fußfetischisten befriedigt.

Holz im Wald ist ja eher selten, aber Holzköpfe, die für diesen Scheiß noch Geld bezahlen, die gibt es wie den abgebildeten Sand vom Meer!

Spendenaufruf

Helft mit ! Retten wir ein Kriegerdenkmal !

Uns erreichte dieser Tage ein Aufruf für Spenden, die zur Rettung eines Kriegerdenkmals verwendet werden sollen. **Dies ist ein Anliegen, welches wirkliche Aufmerksamkeit verdient, doch lest selbst:**

„Helft mit!

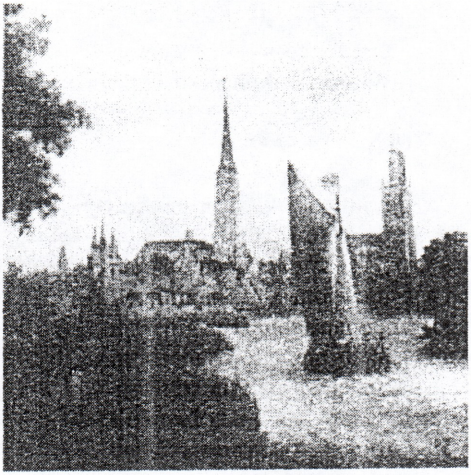
Zu Ehren unserer tapferen deutschen Soldaten des Ersten Weltkrieges wurde im Jahre 1921 in Hohenbocka ein Denkmal errichtet - ein aufrecht stehender Soldat mit einem Eichenlaub Kranz in den Händen. Für die im Kriege Gefallenen wurden 51 Gedenksteine im Halbkreis um dieses Denkmal gesetzt. Über zwei Jahrzehnte wurde das Monument, welches von Treue, Mut und Tapferkeit zeugte, von Familien und Angehörigen der Verstorbenen gepflegt. Als 1939 wieder ein Krieg ausbrach, war der tragische Verlauf noch nicht abzusehen. Nach der Kapitulation der deutschen Wehrmacht wurde das Heldendenkmal im Mai 1945 von Verbrechern der Roten Armee in Brusthöhe heruntergeschossen und 1960 im Zuge von Straßenarbeiten kurzerhand von den Kommunisten abgerissen. Die 51 Gedenksteine der Gefallenen wurden in Sicherheit gebracht. Im März des Jahres 2004 wurden alle Steine wiederenteckt und von treuen Kameraden geborgen. Die Kosten des Wiederaufbaus belaufen sich auf ca. 20.000 Euro. Zusätzlich wollen wir die Gefallenen des Zweiten Weltkrieges ehren und angemessene Gedenksteine errichten. Gelder von Ämtern und Gemeinden gibt es leider nicht! Dies stellt uns also vor eine große Aufgabe, die ohne Eure Hilfe nicht zu bewältigen ist. Daher bitten wir Euch um Eure Unterstützung in Form von Geldspenden. Sammelt auf Feiern und bei Kameraden. Die Gefallenen werden es uns danken."

Die Gefallenen des Ersten Weltkrieges sind zur Zeit in den Medien präsent. Der Erste Krieg nach technischen Maßstäben, in denen das Individuum zum Nichts zusammenschrumpfte, ist scheinbar lange genug her, um in angemessener Form darüber zu reden. Nur bleibt es leider nur beim Reden. **Aber hier können wir handeln.** Wir machen den Anfang und spenden 100 Euro an folgendes Konto:

André Kenne & Markus Hofmann
Sparkasse Niederlausitz
BLZ: 18055000
KtoNr.: 4074024506

P.S.: Auch fünf Euro helfen!

Die Hanse – Einigkeit macht stark



Die Hanse - eine große Macht durch Zusammenhalt

Im Jahr 1280 erreichten die Spannungen zwischen der Stadt Brügge und den deutschen Handelsleuten, die dort ein Kontor errichtet hatten, ihren Höhepunkt. Immer wieder hatten die Brügger die Handelsprivilegien, die der Graf von Flandern den fremden Händlern zugestanden hatte, verletzt, und immer heftiger hatten diese gegen die Einschränkung ihrer Rechte protestiert. Als die Deutschen sich und ihre Waren durch Ausschreitungen gefährdet sahen, beschlossen sie, die so wenig gastfreundliche Stadt zu boykottieren. Geschlossen verließen sie Brügge und verlegten ihren Handelsstützpunkt in das wenige Meilen nordöstlich gelegene Aardenburg, welches sie mit offenen Armen empfing. Aardenburg räumte den Kaufleuten großzügige Sonderrechte ein und befreite sie von allen Abgaben.

Da sich den empörten Deutschen auch der größte Teil der anderen Ausländer in Brügge angeschlossen hatte, brach der Handel im bedeutendsten Seehafen Westeuropas binnen kurzer Zeit vollständig zusammen. Niemand war imstande, daß riesige Loch zu stopfen, welches der Abzug der Kaufleute verursacht hatte. Als die Stadt vor dem Bankrott stand, begann sie zu verhandeln und zeigte sich schließlich zu großen Zugeständnissen bereit. Als die Deutschen und die übrigen Ausländer nach zwei Jahren letztlich wieder zurückkehrten, wurden ihnen nicht nur die alten Privilegien ausdrücklich bestätigt, es wurden ihnen auch weitere Erleichterungen zugebilligt. Vor allem durften sie von nun an nicht nur mit Brügger, sondern auch mit ausländischen Kaufleuten unmittelbaren Handel treiben. Die Handelsblockade hatte sich als äußerst wirksame Maßnahme erwiesen.

Diese Entwicklung setzte schon einige Jahrzehnte vorher ein, als sich deutsche Fernkaufleute zum gegenseitigen Schutz- und Trutzbündnis der Gotlandfahrer zusammengeschlossen hatten. In dieser Epoche des Ost-West-Handels in Europa hatten diese Kaufmänner die schwedische Ostseeinsel Gotland zu einem Dreh- und Angelpunkt im Handel mit den baltischen Ländern und Rußland ausgebaut. In Nowgorod, dem Umschlagplatz für russische Waren, hatten sie ein gemeinsa-

mes Kontor gegründet. Auch in London, im norwegischen Bergen und in Brügge hatten sich deutsche Händler zu ähnlichen Interessenverbänden zusammengeschlossen. Entlang einer Linie von Nowgorod, Reval, Riga, Lübeck, Hamburg bis Brügge entwickelte sich ein blühender Handel, wobei Lübeck wegen seiner günstigen Lage und Brügge als größter Markt außerhalb des Mittelmeerraums eine besondere Rolle spielten.

Der Boykotterfolg von Brügge kam aufgrund einer gemeinsamen Aktion zustande; er war ausschlaggebend für eine festere Organisation der verschiedenen Handelsstützpunkte. So traten nun auch die England- und Norwegenfahrer der Gemeinschaft der Gotlandfahrer bei und stärkten damit diese Gemeinschaft – kurzum: die junge deutsche Hanse war geboren.

Im folgenden wurde nun der nordeuropäische Wirtschaftsraum mit einem engmaschigen Handelsnetz überzogen. Allein an der deutschen Ostseeküste entstand in rascher Folge ein rundes Dutzend neuer Städte, die den deutschen Kaufleuten als Stützpunkte dienten. Gehandelt wurde mit fast allem, was die Natur wachsen ließ und die Handwerker herstellten. Aus Polen kam Getreide, das nach Nord- und Westeuropa verschifft wurde, sowie Holz für den Schiffsbau. Von Nowgorod aus gingen Felle und Pelze aus dem russischem Hinterland in die rheinischen Messestädte. Hamburg und Danzig wetteiferten miteinander beim Bierexport. England lieferte den flandrischen Webern Wolle für deren Tuche. Riesige Geschäfte machte man mit Salzhering und Trockenfisch aus Schweden und Norwegen. Dänemark exportierte Schlachtvieh und Pferde. Dank der deutschen Hanse lief also der Handel reibungslos ab. Das Europa nördlich der Alpen war durch deutsche Kaufleute ein einziger großer Markt geworden.

Strafaktion gegen Norwegen

Der Erfolg im flandrischen Brügge hatte die Hanse stark gemacht. Schon zwei Jahre später ließ sie es auf einen Konflikt ankommen. In Norwegen litten deutsche Händler schon seit längerem unter Vertragsbruch durch Skandinavier. Als Norweger dann auch noch ein Handelsschiff aufbrachten und plünderten, beschloß man 1284 die Handelssperre. Die Ausfuhr von Salz, Mehl, Getreide, Gemüse und Bier wurde verboten; dem, der dagegen verstieß drohten empfindliche Geldstrafen und eine Beschlagnahme der Ware. Die Strafaktion erwies sich als so erfolgreich, daß der norwegische König schließlich einlenken mußte, um der umsichgreifenden Hungersnot Einhalt zu gebieten. Da Norwegen keinen Ersatzlieferanten fand, mußte es für die entstandenen Schäden aufkommen und 1294 in einem Vertrag bestätigen, daß die Hanse ihre alten Privilegien zurückerhielt und umfangreiche neue hinzukommen. Durch ihr entschlossenes gemeinsa-

mes Vorgehen hatte die Hanse die Kraftprobe glänzend bestanden.

Gegen Brügge

Mitte des 14. Jahrhunderts wurden die Beziehungen zwischen der Hanse und Flandern erneut schwer belastet, denn Brügge und der Graf von Flandern weigerten sich, die Hanse für die Verluste zu entschädigen, die diese durch den Hundertjährigen Krieg zwischen England und Frankreich erlitten hatte. Durch das Geleitprivileg, das sie der Hanse jedoch zugebilligt hatten, waren sie jedoch dazu verpflichtet.

1356 ergriff das aufstrebende Lübeck die Initiative und berief eine Versammlung der Hansestädte ein, die eine Gesandtschaft nach Brügge schickte. Das Brügger Kontor nahm diese Einmischung klaglos hin. Somit war zwar der diplomatische Vorstoß erfolglos, doch veränderte sich von nun an das Eingreifen der vereinigten Städte ganz entscheidend. Fortan vertraten die Städte die Interessen der deutschen Händler im Ausland. Aus der Organisation der Kaufleute wurde somit die Städtehanse, der sich in den folgenden Jahren auch die anderen Kontore in Bergen, London und Nowgorod unterordneten. Zwar durften die Kontore von nun an nur noch dann Maßnahmen ergreifen, wenn die Städte ihnen vorher zugestimmt hatten, doch war die politische Macht eines solchen Städtebundes ungleich größer, als die der Kaufmannschaft, was den Händlern nur zum Vorteil gereichte.

Noch aber war die flandrische Frage nicht gelöst. Lübeck setzte somit 1358 eine Handelssperre nicht nur gegen Brügge sondern gegen die gesamte Grafschaft Flandern durch; Blockadebrecher sollten aus der Hanse ausgeschlossen werden. Nach zwei Jahren gab Flandern nach. Im Sommer 1360 wurde der Streit beigelegt. Nachdem die alten Privilegien der Deutschen wieder hergestellt waren und die Entschädigungsansprüche der Hanse bestätigt wurden, kehrten die Kaufleute nach Brügge zurück. Daß sich die Hanse vom wirtschaftlichen Verband zum politischen Städtebund gewandelt hatte, hatte sicher zum Sieg beigetragen.

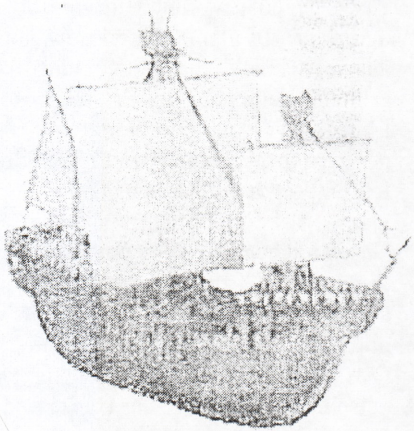
Die Reichsstadt Lübeck, welche die Führung des Städtebundes übernommen hatte, wurde zur unangefochtenen Königin der Hanse. Die Stadt besaß neben Danzig, mit dem es gut zusammenarbeitete, die größten Kontore und Schiffswerften und von überall her kamen Kunden, um die schnellen Koggen zu kaufen, die man hier erschuf.

Der Krieg der Kaufleute

Das Wirtschaftswachstum der Hanse hing stark von der politischen Lage ab. Der gesamte Ostseeraum erbebte, kollidierten ihr Interessen mit denen der politischen

Machthaber. Als der dänische König Waldemar IV. Atterdag 1360 Südschweden wieder in sein Reich einfügte, begann er unverzüglich damit, die Vormachtstellung der Hanse zu brechen. Er erkannte ihr die Handelsprivilegien ab. Im folgenden Jahr eroberte er Gotland, nahm die alte Hansestadt Visby ein und brandschatzte sie. Mit diesem Vorgehen traf er die Seele der Hanse und den Lebensnerv ihrer Kaufleute.

Besonders betroffen von dieser Politik war Lübeck. Die Reichssteuern der Stadt hatte Kaiser Karl IV. an den Dänenkönig verpfändet, der nach seinen militärischen Erfolgen im Norden die Landverbindung zwischen Lübeck und Hamburg zu sperren drohte. Doch diesmal entschlossen sich Lübeck und andere Städte mit Waffengewalt vorzugehen. Sie traten zum Krieg gegen Dänemark an, doch ihre Flotte unterlag im Sommer 1362 vor der Festung Hälsingborg den Dänen. Trotzdem drängten die Hansestädte, die auf den Seeweg zwischen Nord- und Ostsee, den sogenannten dänischen Sund angewiesen waren, auf eine Fortsetzung des Krieges. Zu wichtig war dieser Verkehrsweg für ihre Getreidefahrten nach Bergen. Lübeck erhielt nun Unterstützung von allen Seiten. Im November 1367 schloß man auf dem Kölner Hansetag ein Kriegsbündnis, dem sich auch einige niederländische Städte, Schweden, Mecklenburg, Holstein, Schleswig und der dänische Adel anschlossen.



Typische Hanse-Kogge „Dat Meereswin"

Im Mai 1368 fiel nach schweren Gefechten Kopenhagen, und die Hanse und ihre Verbündeten verwüsteten die dänische und die norwegische Küste. Im Mai 1370 schloß man in Stralsund Frieden, nachdem Waldemar ins Ausland flüchten mußte. Die Hanse erhielt alle alten Privilegien zurück, ferner für 15 Jahre die alleinige Kontrolle über den Sund. Durch den militärischen Schlag gegen Dänemark war sie zur politischen Großmacht geworden.

Mit Beginn des 15. Jahrhunderts sah sich die Hanse einer ernstzunehmenden wirtschaftlichen Konkurrenz gegenüber: Wagemutige Kaufleute aus England, die *merchant adventures*, hatten sich zu Handelskompanien zusammengeschlossen und trieben nun im Ostseeraum einen florierenden Handel.

Als 1420, als Reaktion auf den gesonderten Handel, die englische Niederlassung

in Danzig geschlossen wurde und das englische Parlament seinerseits hansische Sonderrechte aufhob, führte dies zu Spannungen, die einen jahrzehntelangen Kleinkrieg zur Folge hatten und gegenseitige Schikanen und Seeüberfälle nach sich zogen. Im Juli 1468 wurden in England deutsche Kaufleute festgenommen, ihre Güter konfisziert, und der Stallhof, den der aufgebrachte Mob teilweise zerstört hatte, wurde geschlossen.

Dieses harte Vorgehen von England mündete schließlich in einen offenen Krieg gegen Britannien im darauffolgenden Jahr. In dem Kaperkrieg übte die Hanse schreckliche Vergeltung für die erlittene Schmach, wobei sich besonders Lübeck und Danzig hervortaten. Die Gegner zermürbten sich in zahllosen Überfällen und Scharmützeln, bis der Frieden von Utrecht 1474 den für beide Seiten verlustreichen Kämpfen ein Ende setzte.

England mußte der Hanse wieder ihre alten Rechte zugestehen, setzte aber auch durch, daß englische Handelsleute im Ostseeraum Handel treiben durfte. Der entschlossene Einsatz der Hanse und ihr gemeinsames bedingungsloses Vorgehen hatte sich wieder einmal bezahlt gemacht – Einigkeit macht eben stark!

Die Struktur der Hanse

Oberste Instanz der Hanse war der Hansetag, die Hauptversammlung der Städte. Er wurde unregelmäßig einberufen – meist in Lübeck –, und zwar nur dann, wenn Probleme zu lösen waren, die alle angingen. Die Beschlüsse der Hansetage, die Rezesse, mußten von allen Mitgliedern durchgeführt werden. Der Hansetag entschied auch über Maßnahmen wie Warenboykott oder den Ausschluß einzelner Mitglieder, die Verhansung. Mit dem Anwachsen der Hanse – im 15. Jahrhundert gehörten an die 200 Städte dem Bund an – wurde es notwendig, die Gemeinschaft organisatorisch zu untergliedern. Sie wurde zunächst in drei Städtegruppen unterteilt, dann erfolgte im 16. Jahrhundert eine Umschichtung in Viertel, die dann als die vier Quartiere, lübisches, westfälisches, sächsisches und preußisch-livländisches, die Handlungsfähigkeit der Hanse aufrechterhielten.

Bierlein rin, Bierlein raus...

...Hamburg als Biermetropole während der Hansezeit:

„So angenehm ist der Geschmack, daß er wohl göttlichem Nektar vergleichbar:
Und nicht weniger nährt als Bacchus himmlische Gaben.
Mit ausgezeichneten Kräften begabt es die Körper der Jugend,
Denn hier sind mit Hercules Kraft die Männer gerüstet.
Strahlend von gesunder und stattlicher Farbe, was Dir,
o du lieblicher Trank, ein jeglicher zu verdanken bekennt."
(Joh. Frederus Pommeranus, 1537 über Hamburger Bier)

Anmerkungen zum Monat

Der **November** ist der elfte Monat des Jahres im Gregorianischen Kalender. Er hat 30 Tage.
Alte deutsche Namen für den November sind *Windmond* (eingeführt von Karl dem Großen im 8. Jahrhundert) und *Nebelung*. In den Niederlanden wurde der Monat auch *Schlachtmond* oder *Schlachtemonat* genannt, da zu dieser Zeit das Einschlachten der Schweine üblich war. Im römischen Kalender war der November ursprünglich der neunte Monat (lat. *novem* = neun). Im Jahr 153 v. Chr. wurde der Jahresbeginn allerdings um zwei Monate vorverlegt, so daß die direkte Namens- und Zählbeziehung entfiel. Der November beginnt mit dem selben Wochentag wie der März und außer in Schaltjahren auch wie der Februar.

Andreas Hofer

01.11. 1809 - Andreas Hofer siegt mit 8.500 Tirolern am Bergisel bei Innsbruck über 20.000 mit den Franzosen verbündete Bayern.
*02. 11. 1766 - Josef Graf Radetzky, österreichischer Offizier (*Radetzky-Marsch*)
† 04.11. 1850 - Gustav Schwab, deutscher Schriftsteller
† 06.11. 1893 - Pjotr Tschaikowski, russischer Komponist
07.11. 1938 - Der 17-jährige Jude Herschel Grynszpan schießt auf den deutschen Diplomaten Ernst vom Rath, dieses erneute Attentat löst die Reichskristallnacht aus
*08.11. 1848 - Gottlob Frege, deutscher Mathematiker, Logiker und Philosoph
10.11. 1903 - Der Bierdeckel in seiner heutigen Form wird erfunden.
*11.11. 1821 - Fjodor Michailowitsch Dostojewski, russischer Schriftsteller (*Die Brüder Karamasow*)
12.11. 1933 - Die NSDAP veranstaltet Reichstagswahlen, bei der nur sie wählbar ist
*15.11. 1862 - Gerhart Hauptmann, deutscher Schriftsteller (*Die Weber*)
† 16. 11. 1831 - Carl von Clausewitz, preußischer Militärtheoretiker und General
† 18. 11. 1827 - Wilhelm Hauff, deutscher Schriftsteller und Märchenerzähler
19. 11. Sankt Elisabeth - zu Ehren der Landgräfin von Thüringen
† 20.11. 1975 - Francisco Franco, spanischer Staatsmann

Gottfried Semper

* 23.11. 912 - Otto I., *der Große*, ostfränkischer König und erster Kaiser des Heiligen Römischen Reichs
*25. 11. 1900 - Rudolf Höß, deutscher Nationalsozialist und Kommandant von Auschwitz
† 26. 11. 1857 - Joseph Freiherr von Eichendorff, deutscher Dichter
† 28. 11. 1898 - Conrad Ferdinand Meyer, Schweizer Dichter
*29. 11. 1803 - Gottfried Semper, deutscher Baumeister

Rätsel

„Inhumation", ganz klar, ist das was jeder anständige Deutsche diesem System wünscht: nämlich die „Beerdigung"! Als Aufgabe sei euch folgende gestellt: Schickt uns Rätselfragen zu, die beste wird mit einem Weihnachtsgutschein belohnt!

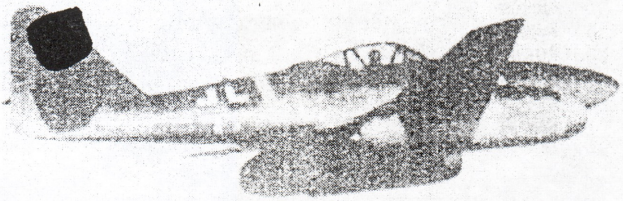
Sonderpreise für alle
Sprachrohr-Leser!
Im Madley erhaltet Ihr bei Abgabe
dieses Abschnittes 10% Rabatt.
Also ausschneiden und sparen...

Im „K(r)ampf gegen rechts!"

Ja, er ist noch nicht zu Ende: der K(r)ampf gegen rechts. Erbarmungslos schlägt der Zeitgeist, die Linke und alles sonstige zu – und wie! Das Wort „Elan" muß neu definiert werden, sollte es sich dabei nur um Fleiß und Beflissenheit handeln. Das was hier geschieht, ist mehr. Wir glauben, daß sogar die Besatzer Angst davor kriegen könnten. Aber urteilt selbst und schreibt uns, wer dieses Mal den „SechserSchlomo" gewinnt!

Überall nur Hakenkreuze

Als ich letztens durch die Straßen meiner Stadt ging, hatte ich den Kopf gesenkt. Nicht etwa aus Betroffenheit, nein, ich erfreute mich an den schönen Mustern, die sich aus den Rillen der Pflastersteine ergaben und die eindeutige Formen aufwiesen. (Und außerdem „stolpert" man sehr leicht in diesem „freiesten aller Staaten auf deutschem Boden"!)



Auch wir mussten zensieren!

Doch hätte ich lieber nach oben geschaut; dann wäre mir bestimmt auch ein wunderschöner Nachbau einer Me 262 mit einer stattlichen Flügelspannweite von 260 cm aufgefallen. Diese flog nämlich laut der Zeitschrift „Modellflug – International" Ausgabe 4/2004 am 7. September 2003 im Rahmen eines Flugtages in Neuburg umher. Originalgetreu nachgebaut – bis ins Detail, ja, bis auf wirklich jedes Detail. Ein Foto des Modells wurde nun in der Regionalpresse veröffentlicht und ein anonymer (!Zivilcourage, Gesicht zeigen usw...) Leser erstattete Anzeige wegen des darauf abgebildeten Hakenkreuzes gegen unbekannt. Die Staatsanwaltschaft legte daraufhin die Untersuchungen gegen einen frei umherlaufenden Triebtäter beiseite und widmete sich mit aller Aufmerksamkeit dem Sachverhalt. Sie ermittelte den Erbauer und dieser erhielt für die „Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen" einen Strafbefehl über 20 Tagessätze à 50 Euro, ersatzweise 20 Tage Haft. Gegen dieses Urteil legte der Betroffene Widerspruch ein und am 26. April kam es zur Verhandlung in Neu-

burg an der Donau. Vertreten wurde der Angeklagte durch den Anwalt des DMFV (Deutscher Modellfliegerverband e.V. – einer straff geführten neofaschistischen Untergrundorganisation). Besondere Aufmerksamkeit verdient in diesem Zusammenhang nun der § 86 StGB Absatz 3: „Absatz 1 (die Strafbarkeit, d. Red.) gilt nicht, wenn das Propagandamittel oder die Handlung der staatsbürgerlichen Aufklärung, der Abwehr verfassungswidriger Bestrebungen der Kunst oder der Wissenschaft, der Forschung oder der Lehre, der Berichterstattung über Vorgänge des Zeitgeschehens oder der Geschichte oder ähnlichen Zwecken dient." Selbst dem abgehobensten Richter dürfte anhand dieser Formulierungen klar sein, daß es sich hier um „technisch-historisch korrekten Modellbau" (Peter Cronauer, Redakteur der Modellbauzeitschrift „Jet- und Prop") handelt und nicht um die Formel „Hakenkreuz drauf = braun angehaucht = strafrechtliche Verfolgung gefordert"! Sah dieses Flugzeug nun einmal so aus, heißt das nicht unbedingt, der Nachbauer befürwortet mit seinem Spielzeug Auschwitz. Mensch Du!

Ich für meinen Teil sehe von einer Anzeige gegen die Pflastersteinleger meiner Heimatstadt ab; mir gefällt Eure Arbeit – sie ist solide!

Erinnern – Nachdenken – Erkennen – Geld absahnen !

Wenn wirklich Blöde es tatsächlich nicht schaffen, zu Geld zu kommen, inszenieren sie einfach einen „Stadtrundgang zu Orten des Nationalsozialismus und Rechtsextremismus in Jena. Nach einem sehr kurzen Abschnitt über Aufmärsche, Feste und Markttage auf dem Jenaer Marktplatz im Jahre 1933, in dem man die Bücherverbrennung am 26. August 1933 betont (sonst war da ja nichts: Burschenschaftsgründung, Bismarck ... aber das sind ja sowieso nur „Wegbereiter"), kommt man zum „nationalsozialistischen ‚Sturm' auf das Rathaus – Jenaer Oberbürgermeister, Gemeinderat und Stadtverwaltung 193/34". Nach der Devise „jeder ist schuld, der damals Luft statt Gas sog" beschäftigt man sich damit, wie der bis dahin amtierende Oberbürgermeister Alexander Elsner abgesetzt „und im wahrsten Sinne des Wortes aus dem Rathaus vertrieben" wurde. Den Posten des Oberbürgermeisters zur Zeit des Nationalsozialismus übernahm der Nationalsozialist Armin Schmidt (welch Wunder).

Nach diesem Abriß (des sicherlich bedeutendsten Teils) der Stadtgeschichte kommt man auch schon und endlich auf die „Opfer des Nationalsozialismus – Zwangsarbeiter/innen in Jena" zu sprechen. Über zehntausend Zwangsarbeiter wurden in der Jenaer Wirtschaft und Industrie eingesetzt. Über ihre Lebensbedingungen sollen die Bürger Jenas dann einen Einblick erhalten. Und zu guter Letzt der Spagat in die Neuzeit: „Bei dieser Station wird die Burschenschaft Normannia zu Jena, welche von Beginn an die äußerst rechte Ecke in der Burschenland-

schaft übernahm, näher beleuchtet."

Doch wer ist auf diese clevere Geschäftsidee gekommen, wer macht das „Stadtprogramm gegen Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus, Antisemitismus und Intoleranz"? Zunächst einmal „7 Personen, aus verschiedenen Bereichen der Zivilgesellschaft" (Fehler im Original). Mehr traut man sich nicht bekanntzugeben. Man versteckt sich lieber hinter leidlichen Namen wie KoKont (Koordinierungsstelle und Kontaktbüro) und hinter Initiativen: „Jena macht Mut". Abschließend dann noch die Bankverbindung, die Kontonummer und schon ist der gemütliche Kiffeabend gesichert!

für die freiheit der buchstaben

jutta limbach

die ehemalige präsidentin des bundesverfasungsgerichts, jutta limbach holt aus. zum schlag gegen die deutsche sprache. das mitglied der spd ist für die schrägsten vorschläge zu haben und während andere für eine abschaffung der schlechtschreibreform sind, geht ihr diese nicht weitgenug. schon früh übte sich die limbach in politisch korekten allgemeinplätzen. auch ihr gelobhudel für die reemtsmasche „antiwehrmachts-ausstellung" ist noch in schlechter erinerung. außerdem müsse „man den alierten dafür dankbar sein", daß sie die sieger-urteile der nürnberger prozese fälten, betonte sie zum 50. jahrestag. und nun die erweiterung der rechtschreibreform: allen ernstes forderte sie dieser tage, die deutsche sprache radikal zu „vereinfachen" und in zukunft einfaches und dopeltes „s" ebensowenig zu unterscheiden, wie groß- und kleinschreibung. ebenso solle die sache mit den umlauten endlich bereinigt werden, was heißen soll: „göthe" statt „goethe", „dütt" statt „duett"! die befürworter der reform verzapften mit unserer sprache in den letzten jahren viel unfug, scheiterten aber weitestgehend, doch jutta limbach ist nicht irgendwer. sie ist präsidentin des göthe-instituts, mithin oberste deutsche sprachbotschafterin im ausland und häte an diesem text bestimt ihre freude gehabt.

„Kahane" ist keine Bezeichnung für eine Wüste

Doch eine alte Redewendung besagt, spricht man von einer, so sei das Kamel nicht weit. Anette Kahane also, geistert wieder umher. Doch wer ist die Wiederkäuerin der ewig gleichen Antirechts-Parolen? Zu erst einmal die Tochter jüdi-

scher Kommunisten. Das heißt natürlich nichts... Ihr Vater war eine Waffe im Kampf gegen den westlichen Imperialsimus, Kapitalismus, Totalitarismus und wie sie alle heißen. Außerdem einer der übelsten Hetzer des DDR- Journalismus´. Und kürzlich kam nun heraus, daß auch die Vorkämpferin gegen rechts, willige Vollstreckerin und Helferin der roten Diktatur war. Acht Jahre lang arbeitete sie als geheime Informantin des Staatsicherheitsdienstes. „Sie belastet Personen", heißt es sehr deutlich in ihrer Stasi-Akte. Daran hat sich bei der Vorsitzenden der Amadeu-Antonio- Stiftung wenig geändert, lediglich der Arbeitgeber. Auch heute belastet Kahane Personen, sammelt Daten und Informationen über politisch Andersdenkende. Und nun das Verblüffende: „Die DDR war der deutschere der beiden Staaten, das ist ja bekannt. Es gab dieses Völkische mit all seinen Implikationen und all dem Unverarbeiteten. Es gab ständig Verhaltensweisen, bei denen einem ganz übel wurde... Juden, die keine Kämpfer gegen den Faschismus waren, wurden als solche verhöhnt, das jüdische Leben wurde totgeschwiegen. Als die ersten Ausländer kamen, wurde der Rassismus ganz deutlich." Deutschland ist für Kahane immer noch Täterland, ganz gleich ob westlich, östlich, faschistisch oder nicht. Nur sie ist keine Täterin.

Gründung der JN in Jena

Uns erreichte dieser Tage noch eine wichtige Kurzmitteilung, die wir natürlich nicht unbeachtet lassen wollen:

Da es in Jena Schwierigkeiten in der letzten Zeit gab, und kaum aktivitäten der Jungen Nationaldemokraten zu verzeichnen waren, haben wir beschlossen, unsere Kräfte in einer JN– Gründung zu bündeln.

Zur Gründungsveranstaltung selbst ist zu sagen, dass sie als geschlossene Veranstaltung durchgeführt wird, also nur geladenen Gästen der Einlass gewehrt wird. Weiterhin gilt eingeschränkter Alkoholgenuß, wobei jeder selbst wissen sollte, daß er möglichst nüchtern aufzutreten hat. Alkohol lässt zwar viele Ängste (z.B.selbst zu reden) verschwinden, leider aber auch ernsthafte Gespräche in den Hintergrund rücken. Es ist wirklich die rege Teilnahme an den Gesprächsrunden erwünscht, allerdings auch gewisse Disziplin, wenn es darum geht, andere ausreden zu lassen. Dies ist an diesem Tag besonders wichtig, da wir mit einer größeren Teilnehmerzahl rechnen. Wer selbst noch Freunde/Kameraden mitbringen möchte kann dies gern tun, es wäre allerdings besser, wenn ich vorher davon informiert werde, um die Teilnehmerzahl wenigstens abschätzen zu können.

Redebeiträge werden voraussichtlich von mir (André Gruschwitz), Christian Kaiser, Maggie (Rudolstadt), Ralf Wohlleben (Kreisvorsitzender NPD-Jena), Frank Schwerdt (NPD-Landesvorsitzender), Sandro Tauber (ehemaliger JN-Landesvorsitzender) und dem ein oder anderen Teilnehmer kommen. Im Anschluss an den offiziellen Teil findet ein Liederabend mit wahrscheinlich mind. 2 Liedermachern statt. Wir versuchen sogar einen richtig Bekannten zu bekommen.

Wann: 14.November 2004 Beginn: 16.00 Uhr Ende:ca.20.00 Uhr
Danach: Liederabend
Wo: unter dem Infotelefon erreichbar
Infotelefon: 01738084240 (Mitteldeutsches Sprachrohr)

Ich hoffe auch dein Interesse geweckt zu haben, und würde mich über deine Teilnahme an der JN-Gründungsveranstaltung sehr freuen.

Mit kameradschaftlichem Gruß, André Gruschwitz
Jena, den 12.10.2004

BURSCHENSCHAFT NORMANNIA ZU JENA

EHRE – FREIHEIT – VATERLAND

Burschenschaft Normannia Jena
Schleidenstraße 2, 07745 Jena
Telefon: 03641/634377
e-post:
Normannia-Jena1999@lycos.de
www.normannia-netz.de

Man könnte drüber lachen, wenn es nicht so traurig wär !

Abschnitte im Leben eines Autonomen I

Ich wurde eigentlich nie nicht geschlagen. Obwohl wir in unserer Behausung ein gewaltfreies Leben haben wollten, klappte das immer nicht so recht. Einige meiner Erzeuger meinten, dass müsse so sein.

Ich habe bis zu meinem achten Lebensjahr gar nicht gewusst, dass es so etwas wie Tag gibt. Da gehen alle anderen arbeiten, aber einer meiner Erzeuger meinte, die würden gar nicht merken, wie sie ausgebeutet werden vom Kapitalmann.

Eines Nachts, wir brauchten neue Kleidung, sind wir zu zwanzigst losgezogen und haben diese, mit einem roten Kreuz markierten Beutel, mitgenommen. Unsere Erzeuger meinten, wenn das umsonst rumsteht, darf das Proletariertum sich bedienen. Doch als „Bong" und „Rinne" zu viel Lärm machten, kam ein alter Mann um die Ecke und schrie: „Ihr rotes Saupack, verpisst Euch, sonst hol ich die Polizei!" Wir wussten gleich, das ist ein Nazi. Und so schnappten wir, was wir kriegen konnten und rannten davon. Aber „Karre" hatte sich gerade umgezogen und war noch nicht fertig, seine neuen Schuhe zuzumachen, als die Bullen kamen. Wir mussten „Karre" stehen lassen, denn unsere Erzeuger meinten, gegen den Streifenwagen hätten wir zu zwanzigst keine Chance. Aber wir schworen Rache für Karre als wir in unserer Wohnung wieder ankamen.

Unsere Wohnung war ein Schmuckstück. Da konnte jeder rein und rausgehen, wann er wollte. Die meisten habe ich aber nicht verstanden. Die hatten es gut und mussten keine Verbrechersprache reden. Ansonsten waren die sehr nett. Nur einmal hatten zwei unserer Erzeuger etwas Ärger mit so Afrikanern. Es ging wohl um das Mehl, welches immer in der Toilette lag.

Einmal, da liefen wir gerade durch die Straße und sammelten Muttern und Nägel aus denen wir einen kleinen Bauchladen machen wollten, da trafen wir den alten Nazi, der uns bedroht hatte wieder. Ich zählte noch mal nach, ja wir waren vier mehr, und dann schlugen wir auf ihn ein. Die anderen brüllten: „Du Nazimann, wir hauen Dich zu Brei!" Und auch ich schrie, aber meist nur das, was die anderen mindestens einmal schon gebrüllt hatten. Dann sind wir uns sputen gegangen, aber dem haben wir es gezeigt.

Als wir zuhause ankamen, staunten wir nicht schlecht. „Rot-Ossi" war nicht mehr in seiner alten Ecke. Ich wollte zwar nicht gern in diese Ecke, da roch es nämlich sehr und Rot-Ossi bewegte sich auch nicht, aber es war halt ein vertrautes Bild, wie er sich an seinem Bier festhielt. Das war immer halbvoll, schon seit Wochen. Aber jetzt war er weg. „Honni", unser Erfahrenster meinte, wir sollten nicht traurig sein. Von diesem Tag an passte komischerweise nichts mehr in die

Mülltonne.

Am nächsten Abend hieß es, wir sollten doch mal Ausschau halten, ob wir irgendwo einen Lieferanten für die Großkapitalisten finden würden. „Honni" würde dann mit der Schubkarre kommen und das Essen abholen. Die alte Taktik mit dem „Essen auf Rädern" funktionierte nicht mehr, seit „Karre" im Knast saß. Was aus dem wohl geworden ist? Na solche Fragen stellen wir uns eigentlich nicht, weil der „Kampf ums Brotletariat" eben Opfer fordert, dass haben uns die Erzeuger immer eingebleut.

Die nächtliche Aktion konnte aber doch nicht starten, weil wir vorher eine wichtige Information bekamen. In Berlin sollten Krawalle stattfinden, die dem System zeigen würden wo der „rote Hammer" hängt. Hor hor, also hat sich jeder von uns noch ein paar Tüten Leim für die Fahrt geschnappt und los ging es nach Berlin. Auf der Autobahn gab es noch ein paar lustige Episoden, aber davon später mehr...

Berlin: Autonome demonstrieren

Berlin (dpa). – Unter den staunenden Augen zahlloser DDR-Bürger haben gestern rund 1000 Berliner Autonome – darunter etwa 20 Vermummte – auf dem übervölkerten Kurfürstendamm für Sozialismus in Ost und West demonstriert. Auf Transparenten hieß es unter anderem „Hände weg von der DDR" und „100 Mark Begrüßungsgeld täglich für ausländische Flüchtlinge". Bei den DDR-Bürgern stießen die Demonstranten weitgehend auf Unverständnis. An einer Straßenecke wurde ihnen auch ein Transparent entrissen. Nach Polizeiangaben wurden aus dem Demonstrationszug heraus bei einer Bank eine Fensterscheibe und das Fenster eines Autos zerschlagen.

Rot-Ossis Ecke!

„Honni!"